



Nordwind

Mitgliederzeitschrift der SPD Hamburg-Nord • 11. Jg. • Mai 2011 • Nr. 34



Hamburg nach der Wahl:

Die SPD regiert wieder!

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

viel ist passiert seit der letzten Ausgabe des NORDWIND. Wir haben die Bürgerschaftswahl klar gewonnen und sind jetzt in der Pflicht, unsere Wahlversprechen umzusetzen und Hamburg endlich wieder ordentlich zu regieren. Dies setzt eine gute Kommunikation zwischen Partei, Bürgerschaft und Senat voraus. Passend dazu stellen wir in dieser Ausgabe einige Bürgerschaftsabgeordnete aus dem Kreis Hamburg-Nord mit ihren Ausschüssen und politischen Schwerpunkten vor. Die Reihe soll in der nächsten Ausgabe fortgesetzt werden.

Hinzu kommen unter anderem spannende Ausschnitte aus der Rede des Alterspräsidenten der Bürgerschaft Jan Ehlers zum neuen Wahlrecht und last but not least ein Interview der Geschichts-Projektgruppe der SPD Barmbek mit dem prominentesten Genossen unseres Kreises, Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt. Viel Stoff zum Lesen, Nachdenken und Diskutieren!

Mit solidarischen Grüßen



Euer Urs

Rechtsanwälte

Marc Kaiser & Urs Tabbert

Kompetenzen:
Allg. Zivilrecht
Arbeitsrecht
Strafrecht
Mietrecht
Internetrecht
Gewerblicher Rechtsschutz
Verbraucherschutzrecht
Hochschulrecht
Prüfungsrecht
Personalvertretungsrecht

Sprechzeiten:
Montag-Freitag, 10⁰⁰-18⁰⁰ Uhr

Möllner Landstraße 20
22111 Hamburg

Tel: 040/736 798 11
Fax: 040/736 798 12

Leitlinien

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieses ist die erste Ausgabe des Nordwind nach der Hamburg-Wahl am 20. Februar. Wir haben nach einem großartigen Wahlkampf ein ganz außerordentliches Ergebnis erzielt. Obwohl in der kommenden Wahlperiode fünf Parteien in der Bürgerschaft vertreten sind, hat die SPD mit 48 Prozent der Stimmen dennoch die absolute Mehrheit erreicht. Dieses Votum der Hamburgerinnen und Hamburger ist ein großer Vertrauensvorschuss, den wir in den kommenden Jahren durch gutes Regieren im Rathaus und in den Bezirken rechtfertigen müssen. Richtschnur ist dabei unser Wahlprogramm mit den Schwerpunkten Haushaltskonsolidierung, Bildung, Wohnungsbau und Sanierung der vorhandenen Infrastruktur – Schulen, Hochschulen, Straßen, Grünanlagen.

In der Bezirksversammlung Hamburg-Nord braucht die SPD einen verlässlichen Kooperationspartner. Nach Auswertung der Wahlprogramme der anderen Parteien und Sondierungsgesprächen mit GAL, FDP und Linkspartei hat der Kreisvorstand beschlossen, dass wir Kooperationsgespräche mit der FDP aufnehmen. Maßgeblich für diese Entscheidung war die große Übereinstimmung in der Bezirkspolitik, insbesondere beim Wohnungsbau. Wir wollen die Kooperationsgespräche zügig führen und der Kreisdelegiertenversammlung möglichst bald einen Kooperationsvertrag zur Beratung und Entscheidung vorlegen.

Überschattet wurde unsere Freude



über den Wahlsieg und die positive Entwicklung in Hamburg durch die Atomkatastrophe in Japan. Der Ausstieg aus der nicht beherrschbaren Atomtechnologie muss jetzt endlich vorankommen. Die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke durch die Bundesregierung war ein schwerer Fehler. Zu Recht haben wir im vergangenen Jahr gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern dagegen protestiert. Der neue SPD-Senat und Bürgermeister Olaf Scholz werden sich in diesem Punkt deutlich von der Politik des schwarz-grünen Vorgängersensats absetzen und den Atomausstieg auf Bundesebene aktiv betreiben.

Mit herzlichen Grüßen



Euer Peter Tschentscher
Kreisvorsitzender

Inhaltsverzeichnis

Editorial/Leitlinien	2	Integrationspolitik	
Bürgerschaftswahl		Integration funktioniert dort, wo Gleichberechtigung herrscht..	11
Anmerkungen zum Wahlsystem	3	Stadtentwicklung	
Europäische Union		Langenhorn.....	12
EU-Freizügigkeit	4	Kreis Hamburg-Nord	
Interview ...		Arbeitskreis Steuern	13
... mit Helmut Schmidt	6	Aufzug U-Bahn Mundsburg..	13
Neue Abgeordnete der Bürgerschaft	8	Kreisvorstand	14
Erlebnisbericht		Veranstaltungen/ Abgeordnetenbüros	15
Mein Freitag an der Mauer..	10	Gratulationen/ Impressum	16

Anmerkungen zum neuen Wahlsystem

Aus doppeltem Anlass dokumentieren wir an dieser Stelle die Rede, die der Genosse Jan Ehlers am 07.03.2011 in seiner Rolle als Alterspräsident zur Eröffnung der aktuellen Legislaturperiode der Hamburger Bürgerschaft hielt. Zum einen hat Jan sein Mandat als Abgeordneter der Bürgerschaft zum 01.05. niedergelegt – wir wollen ihm auf diese Weise herzlich danken. Zum anderen nahm er in seiner Rede Bezug auf das neue Wahlrecht, das nach wie vor viele Fragen aufwirft. Wir geben die Passagen aus Jans Rede wieder, die Bezug auf den Themenkomplex Wahlrecht nehmen. Viel Spaß beim Lesen und den Diskussionen rund um dasselbige. Es wird uns sicherlich auch in den kommenden Jahren noch weiter beschäftigen.

Von Jan Ehlers

Meine Damen und Herren!

Mein Name ist Jan Ehlers, ich bin am 4. Mai 1939 geboren. Wenn es unter den Abgeordneten jemanden gibt, der oder die vor dem 4. Mai 1939 geboren ist, dann bitte ich das anzuzeigen. Ich blicke um mich und sehe keine Zeichen. Dann ist es nach alter Väter Sitte so, dass ich als Alterspräsident heute diese erste Sitzung der Legislaturperiode zu eröffnen habe. Das tue ich hiermit. Ich eröffne die Sitzung der am 20. Februar dieses Jahres gewählten Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg in der 20. Wahlperiode und darf Sie alle recht herzlich in diesem Haus begrüßen. [...]

Ich darf im Namen aller den Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs Dank sagen, die uns in dieses Haus gewählt haben. Wir werden uns Ihnen verpflichtet fühlen und versuchen eine gute Arbeit zu leisten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Dank gilt aber auch den vielen dienstbaren Geistern, die diese Wahl organisiert und ausgewertet haben. Das war dieses Mal nicht ganz so einfach. [...]

Innovation Neues Wahlsystem

Die eigentliche Innovation bei dieser Bürgerschaftswahl war das Wahlsystem. Im Großen und Ganzen finde ich das Ergebnis völlig in Ordnung, was sollte ich auch anderes sagen als Sozialdemokrat? Aber bei der Personalauswahl hat dieses Wahlsystem durchaus Kapriolen geschlagen. Eine dieser Kapriolen bin ich und deswegen glaube ich, einigermaßen dazu

berufen zu sein, dazu ein paar Takte zu sagen. Am 5. Januar dieses Jahres fand in Barmbek eine Vollversammlung der Sozialdemokraten statt, um die Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren.

In dem Wahlkreis werden fünf Abgeordnete gewählt. Durch irgendetwas war vorgegeben, dass man doppelt so viele Kandidatinnen und Kandidaten benennen sollte. Das ist natürlich eigentlich eine hoffnungsvolle Sache und ich habe kandidiert für den letzten und nur für den letzten Platz auf der Liste. Ich habe die Versammlung mit den Worten beruhigt, hier sei kein alter Mann, der nun noch einmal versuche, eine neue politische Karriere zu probieren. 30 Jahre Bürgerschaft und zehn Jahre Sozialsenator – das war für mein Ego völlig ausreichend. Aber wir haben nur einen Kandidaten mit Regierungserfahrung, nämlich den Spitzenkandidaten. Der Abgeordnete Olaf Scholz war Mitglied des Senats in Hamburg und er war Bundesminister in Berlin. Allen anderen fehlt diese Erfahrung und ich war dann der Meinung, da die CDU einen Bürgermeister und mehrere Senatsmitglieder ins Rennen schickte und auch die Grünen zwei Senatorinnen und einen Senator hatten, dass es eigentlich nur gut sein könnte, wenn ich als Ex-Senator auf Platz 10 stehe. Dann könnten die Wählerinnen und Wähler wissen, dass da zumindest im Hintergrund auch noch einer ist, den man, wenn man will bei Bedarf um Rat fragen könnte. Die Versammlung hat mir das geglaubt und mich gegen fünf Stimmen mit 100 Ja-Stimmen auf diesem aussichtslosen Platz zehn nominiert: so ein tolles Ergebnis habe ich mein Leben

nicht in der SPD gehabt.

(Heiterkeit bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Etwas kleinmütig habe ich dann auf dem Stimmzettel eine der fünf Stimmen abgezweigt und mir selbst gegeben. Eine mir sehr nahe stehende Person tat gleiches aus Freundschaft, damit es beim Auszählen nicht so aussieht, dass da überhaupt keine Hausnummer steht und ich völlig nackt dastehe. Dann kam der 20. Februar und plötzlich waren da über 7400 Stimmen. Natürlich hat mich das überrascht, aber es hat mir auch geschmeichelt. Wenn man sich dann fragt, wie das zustande kommt, war mein erster Gedanke, dass es noch eine blasse Erinnerung an meine frühere Amtsführung gibt, und außerdem scheint es mehrere Menschen zu geben, die mich kennen oder auch meinen zu wissen, wofür ich stehe. Das sind Topoi, die eigentlich die Grundlage für diese Form des Wahlrechts mit den starken Persönlichkeitselementen sind, aber hält das eigentlich einer kritischen Nachprüfung stand?



Personenwahl oder Zufallswahl?

Selbst wenn alle, die mich gewählt haben, mir jeweils ihre ganzen fünf Stimmen gegeben haben, dann wären das immer noch 1400 verschiedene Menschen oder mehr. Dass so viele Menschen auf



Diese Entscheidungen lösen nicht nur eitel Freude aus. Manche sind auch bedrückend oder erregen Zorn und Widerstand. Unser System beruht auf einem Prinzip: Herrschaft von Menschen über Menschen ist in der Zivilgesellschaft unentbehrlich, aber diese Herrschaft von Menschen über Menschen muss rechtens sein. Wenn dieser Konsens nicht vorhanden ist, dann eskalieren die Interessengegensätze und auch die politischen Auseinandersetzungen. Ein Stück weit können wir das im Moment in Nordafrika anschaulich sehen. [...]

Wir werden natürlich immer das Thema haben, dass es beleidigend für jeden menschlichen Geist ist, all diese Erfahrungen der letzten Jahre und die Erwartungen für die Zukunft in einem simplen Kreuz auszudrücken.

die gleiche Weise politisch denken glaube ich nie und nimmer und schon gar nicht so wie ich. Aber wenn sie mir die Stimme gegeben haben, haben sie gleichzeitig ihre Stimme auch der SPD gegeben und diese Stimme für die Parteipräferenz geht nicht verloren. Das ist bei solch einer Wahl die wirkliche Konstante. Und falls jemand noch einmal so tollkühn sein sollte sich an die Reform des Wahlrechts zu wagen, sollte er deswegen eines bedenken: Das beste Wahlrecht ist das einfachste Wahlrecht und eines, das von jedermann verstanden wird.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der LINKEN)

Ich habe selbst sehr lange gebraucht, um mir klarzumachen, was ich hier eigentlich in den vielen Jahren tun sollte und was meine Aufgabe ist. Diese ist denkbar einfach, fast banal und trotzdem wichtig. Das Leben der Menschen in dieser Stadt – Männer, Frauen, Kinder – wird maßgeblich beeinflusst von politischen Entscheidungen. Diese liegen zeitweise schon lange zurück oder sind gegenwärtige Entscheidungen oder zukünftige.

Aber es ist nicht von ungefähr so, da wir uns so das System schaffen, das praktisch die Billigung in unserer Gesellschaft bewirkt. [...]

Man muss dazu sagen, dass unserer Verfassung kein Grundwertekatalog vorangestellt ist, aber das Grundgesetz gilt, und wenn wir da auf Artikel 1 schauen, dann lautet dieser sinngemäß: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen und zu sichern, ist Aufgabe jeglicher staatlicher Gewalt. Wenn wir alle, jeder einzelne und jede einzelne von uns, versuchen uns daran zu halten, dann werden wir am Ende der Legislaturperiode in uns hineinhorchen können und – unabhängig davon, ob Mehrheitsfraktion oder Opposition und letztlich sogar unabhängig von jedwedem Wahlergebnis – uns sagen können: Wir haben auch in schwieriger Zeit unserer Schönen ein gutes Stück auf dem richtigen Weg voran geholfen. Unsere Schöne, das ist unsere schöne Stadt Hamburg.

Viel Glück. ●

EU-Freizügigkeit darf nicht zu Ausbeutung führen

Die Geltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai verlangt Mindestlöhne und aktive Arbeitsmarktpolitik

Von Wolfgang Rose

Das Wort sollte eigentlich Sympathien wecken: Arbeitnehmerfreizügigkeit. Ab dem 1. Mai gilt

sie – nach siebenjähriger Verzögerung – nun auch in Deutschland: Das bedeutet, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union freien und ungehin-

dernten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten. Umgekehrt gilt dies für Deutsche in den anderen EU-Staaten natürlich auch, und zwar schon seit Jahren.

Diese Freizügigkeit ist Teil der persönlichen Freiheiten aller EU-Bürger in den Mitgliedsstaaten der EU, genau wie die Reise- und Niederlassungsfreiheit, und ich halte sie grundsätzlich für gut und begrüßenswert. Wir wollen ein geeintes und zusammenwachsendes Europa, in dem die grenzenlose Freiheit gerade nicht nur für Waren und Unternehmen gilt, sondern auch und vor allem für die Menschen.

Aber wir wollen auch ein soziales Europa. Und natürlich gibt es berechtigte Ängste, die viele Menschen gerade in Zeiten immer noch hoher Arbeitslosigkeit, niedriger Löhne und prekärer Beschäftigung haben, ob nicht zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt (weiter) verschlechtern. Rechte Rattenfänger schüren diese Ängste seit Jahrzehnten mit Parolen wie „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ oder auch „Deutschland schafft sich ab“. Doch diese Parolen sind falsch; sie waren es schon immer, und sie werden es auch in Zukunft sein. Denn volkswirtschaftlich gilt, dass die Höhe der Arbeitslosigkeit wenig zu tun hat mit der Zahl der Arbeitskräfte in einem Land. Sonst müsste die Arbeitslosenquote in Ländern mit traditionell hoher Einwanderung wie etwa den USA, Kanada oder auch Schweden höher sein – ist sie aber bekanntermaßen nicht.

Vor allem auf einem gut geordneten und regulierten Arbeitsmarkt gilt: Zusätzliche Arbeitskraft schafft zusätzliche Wertschöpfung schafft zusätzliche Arbeitsplätze. Entscheidend ist, dass sich das produktive Potenzial der Menschen entfalten und entwickeln kann.

Mehr aktive Wirtschaftspolitik!

Um das zu gewährleisten, müssen wir unsere Hausaufgaben machen: Wir brauchen eine aktive Wirtschaftspolitik, die Beschäftigung schafft, und eine Tarifpolitik, die die Binnennachfrage stärkt. Und das Tabu der Arbeitszeitverkürzung muss endlich wieder gebrochen werden: Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Arbeit durch kürzere Arbeitszeiten.

Was heißt das für die Politik? Wenn man sich einerseits nicht abschotten will, darf man andererseits keinen umgekehrten Fehler machen: Es ist ein Irrtum, dass der drohende – und in man-

chen Branchen bereits spürbare – Fachkräftemangel sich hierzulande durch verstärkte Zuwanderung von Arbeitskräften quasi von selbst auflösen würde. Der Fachkräftemangel, der uns gerne als zwangsläufiges Resultat der demographischen Entwicklung verkauft wird, ist in Wahrheit die logische Folge jahrzehntelanger verantwortungsloser Vernachlässigung von Aus- und Weiterbildung durch die meisten Unternehmen in Deutschland. Dieses Versäumnis ist kurzfristigen Kostenkalkülen geschuldet – und das droht sich jetzt bitter zu rächen, genauso wie das allzu lange und naive Vertrauen der Politik in zahnlose „Ausbildungspakte“ und die weitgehende Zerschlagung qualifizierter Weiterbildungsträger, gerade in Hamburg.

Es wäre das Gegenteil von Solidarität und ein politischer Zynismus, mehrere Zehntausend Langzeitarbeitslose in Hamburg als „nicht integrierbar in den ersten Arbeitsmarkt“ zu diskreditieren und nun das Heil in der Grenzöffnung des Arbeitsmarktes nach Osteuropa zu suchen. Deshalb muss ab jetzt gelten: Wir brauchen endlich verstärkte Anstrengungen und verbindliche Vorgaben für die Aus- und Weiterbildung aller Jugendlichen und Erwachsenen in Deutschland, ganz gleich woher sie kommen. Was in Sonntagsreden seit Jahren beschworen wird, muss endlich praktische Politik werden.

Und die Politik ist noch mehr gefordert: Denn so unbegründet die Ängste vor der Zuwanderung von Arbeitskräften grundsätzlich sind, so berechtigt ist hingegen das Misstrauen gegenüber Arbeitgebern, die versucht sein können, die neue Freizügigkeit dahingehend zu nutzen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen und die Löhne weiter zu drücken. Noch besteht in den meisten Branchen zwischen Deutschland und den osteuropäischen EU-Ländern ein deutliches Lohngefälle, obwohl ja bekanntlich die Löhne in Deutschland im EU-Vergleich in den letzten 20 Jahren rapide gefallen sind und oft unter dem Mittelmaß liegen.

Daher, und aufgrund der teilweise hohen Arbeitslosigkeit in einigen Ländern, können auch Jobs zu sehr niedrigen Löhnen in Deutschland für viele Menschen aus den östlichen EU-Ländern natürlich eine Versuchung darstellen. Dies verschärft die Gefahr des oh-

nehin seit Jahren grassierenden Lohndumpings in Deutschland, vor allem wenn auch Leiharbeitsfirmen sich dieses Lohngefälle gezielt zunutze machen und grenzüberschreitend operieren. Aktuelle Berichte über massenhafte Werksverträge mit osteuropäischen Billigkräften vergrößern diese Gefährdung.

Gesetzlicher Mindestlohn wichtiger denn je!

Deshalb wird es umso dringlicher, dass sich die Bundesregierung endlich zu einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik durchringt, die letztlich gleichermaßen im Interesse aller Arbeitnehmer/innen wie auch der Unternehmen ist: Die Förderung guter und qualifizierter Arbeit statt Billigjobs durch eine Stärkung der Aus- und Weiterbildung sowie gezielte Investitionen in Zukunftsbranchen; die Stärkung der Geltung von Tariflöhnen; die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 8,50 Euro pro Stunde; und die Regulierung und Begrenzung der Leiharbeit, vor allem die Geltung von „equal pay“ vom ersten Tag an.

Gefordert ist auch der neue Senat, der Hamburg stark und solidarisch machen will. Den Worten im Regierungsprogramm müssen jetzt Taten folgen: Die Aus- und Weiterbildung, z.B. im Pflegebereich, muss gestärkt werden. Der Druck auf die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auf Bundesebene muss weiter erhöht werden. Lohndumping muss durch die Kontrolle und Durchsetzung der bestehenden Branchenmindestlöhne und Arbeitsgesetze verhindert werden. 8,50 Euro Mindestlohn und konsequente Tariftreue gehören nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz in das Hamburger Vergabegesetz. Und nicht zuletzt brauchen wir gezielte Informations- und Unterstützungsangebote in den Bereichen Rechtsberatung, Integration, Weiterbildung und Sprachförderung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aus den EU-Ländern nach Hamburg kommen.

Fazit: Wenn die Politik für entsprechende Rahmenbedingungen und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgt, kann die Arbeitnehmerfreizügigkeit ein Gewinn für uns alle werden. Europa wäre für die Menschen keine Bedrohung ihrer Arbeitsplätze, sondern die Chance für soziale Gerechtigkeit ohne Grenzen. ●

Interview mit Helmut Schmidt

Die Projektgruppe des Distrikts Barmbek-Mitte „Geschichte der SPD in Barmbek“ hat am 09.12.2010 ein Interview mit Helmut Schmidt (HS) als Zeitzeugen geführt. Das Interview führten Dr. Carsten Maßmann (CM), Barbara Israel (BI), und Andrea Rolle (AR). Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus dem Interview



CM: Lieber Herr Schmidt, wir haben in der Festschrift „50 Jahre SPD in Hamburg-Nord“ gelesen, dass die SPD damals nur Wahlchancen mit Kandidaten gehabt habe, die auch im bürgerlichen Lager ankamen.

HS: Wenn jemand das so geschrieben hat, dann ist das reiner Quatsch. Es ist ziemlich gleichgültig gewesen zu jener Zeit, wer in welchem Stadtteil aufgestellt war. Wir reden jetzt von den Jahren 1949/50. Der erste Bürgerschaftswahlkampf, an dem ich mich beteiligt habe als Plakat-Maler und -Kleber, war 1946 zur Zeit der Alliierten-Besatzung von Hamburg. Es kam auf die Kandidaten in Wirklichkeit überhaupt nicht an. Es kam auf die Spitzenkandidaten an, Schluss. Das war zu der Zeit (1946) Max Brauer, und 1953 war es wieder Max Brauer. Es war dann allerdings keine Bürgerschaftswahl, sondern eine Bundestagswahl. Spitzenkandidat war bis 1952 Kurt Schumacher. An seine Stelle trat Erich Ollenhauer, eine für die Bürger der Stadt Hamburg ziemlich unbekannte Größe. Und wen man dann als Bürgerschaftskandidaten aufstellt, war ziemlich gleichgültig. Sie konnten auch eine Bierflasche aufstellen und Müller drauf schreiben: wäre auch gewählt worden oder nicht.

BI: Freunde haben mich gebeten, Sie zu fragen, ob Sie wirklich gesagt haben, wer Visionen hat, solle zum Arzt gehen und, wenn ja, was haben Sie damit gemeint?

HS: Das habe ich tatsächlich irgendwann einmal gesagt. Ich

glaube, es hat im Laufe eines Interviews irgendein Journalist – ein ziemlich dummer Journalist wahrscheinlich – mich gefragt: „Was sind Ihre Visionen?“ Und die Antwort war, wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen. Das haben dann 1.000 Journalisten voneinander abgeschrieben. Ich bin auch heute nicht der Meinung, dass das Wort Vision geeignet ist, so wie es in der deutschen Sprache vieldeutig verwendet wird. Es gibt jemanden, der in der Wüste halb verhungert und halb verdurstet und halb verzweifelt, der plötzlich Visionen hat. Früher hieß so etwas eine Fatamorgana. Es gibt die andere Bedeutung der Vision: Zukunftsvorstellung. Es gibt die dritte Bedeutung einer Vision im Deutschen: Utopie. Utopie heißt auf Deutsch Nirgendwo. Deswegen ist das Wort ein schlecht zu brauchendes Wort. Andererseits gibt es eine Reihe von Sozis, die Willy Brandt unterstellt haben, er sei ein Visionär gewesen, und deswegen ist es in deren Augen etwas Positives. Und in deren Augen ist die Äußerung von dem Schmidt, wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen, eine Verletzung der Idealvorstellung.

CM: Dann habe ich noch ein Zitat. Jetzt geht es um die SPD-Distrikte. „Traditionelle Kulturabende, auf denen Arbeiterlieder gesungen, Fahnen geweiht oder Theater gemeinsam besucht wurden, hatten sich nicht mehr als zeitgemäß überlebt“, steht in der Festschrift. Sahen Sie das genauso?

HS: Das war in vielen Fällen dummes Zeug, was auf dem Dis-

trikts-Abend angeboten wurde. Distrikts-Abende waren eine grandiose Befriedigung des deutschen Vereinsbedürfnisses bis 1918, das ist eine überholte Einrichtung. Die wird im Laufe der nächsten 20 Jahre den sanften Tod des Rentners sterben, es ist überholt.

CM: Ich habe gelesen, dass die Distrikts-Blätter, die es damals ja gab, Stadtteilzeitungen waren, und es mit Hilfe lokaler Anzeigen gelang, diese Mitteilungen ohne Zuschüsse des Kreises zu finanzieren und an alle Haushalte zu verteilen.

HS: Ja, kann sein. Das ist auch so ein Rest aus dem vorherigen Jahrhundert. Das Ganze ist natürlich ziemlich wirkungslos. Mit viel Liebe und Fleiß gemacht und in Wirklichkeit ohne Bedeutung. Die unterschätzen völlig die Bedeutung des Fernsehens für die heutige Menschheit.

CM: Wie wäre es, wenn man heute unsere Distrikts-Blätter – wie frühere – an die Haushalte verteilt? Denn wir haben ja – anders als früher – in Hamburg keine SPD-Zeitung mehr.

HS: Ja, Gott sei Dank, Gott sei Dank! Sie haben nichts getaugt. Sie waren nicht entfernt so gut wie das Hamburger Abendblatt. Nicht entfernt so interessant wie die Bild Zeitung.

Das, was sie da rein geschrieben haben in ihre Mitteilungs-Blätter, das gilt auch heute noch: Engstirnig. Da gibt es ein Ding, das heißt „Nordwind“. Engstirnig, nur die eigene Meinung oder das, was sie für die sozialdemokratische Meinung halten. Keine Auseinandersetzung mit fremden Ideen, keine Auseinandersetzungen mit gegenteiligen Vorstellungen, mit begründeten gegenteiligen Vorstellungen. Das ist außerdem sehr weitgehend die ganze Atmosphäre der heutigen Sozialdemokratie, sehr stark partei-egoistisch. Wenn die jetzige CDU-Regierung oder der bisherige Schwarz-Grüne Senat etwas sagt, dann müssen die Sozis dagegen sein. Wenn die Sozis etwas vorschlagen, dann müssen die CDU-Leute dagegen sein, das ist Parteiegoismus, das meine ich damit. Das war früher bedeutend anders.

AR: Wo wir gerade beim Grundsätzlichen sind, möchte ich eine Frage zu Hamburg stellen. Worauf sollte sich die SPD in der Regierungsarbeit konzentrieren?

HS: Das will ich nicht beantworten, das ist nicht mein Bier, das ist Tagespolitik. Entscheidend ist nicht, ob die Sozialdemokraten den Senat bilden oder die Christdemokraten.

Entscheidend ist, ob die Bürgerschaft wirklich die Verwaltung kontrolliert und die Fehler ausbessert. In Wirklichkeit wird hier nicht regiert, in Wirklichkeit wird hier verwaltet; von Regieren ist hier wenig zu spüren. Ob in einer Straße endlich die Schlaglöcher weggemacht werden oder nicht, das ist eine Frage der Verwaltung, das hat mit Regierung nichts zu tun. Es ist Einbildung, das für Regierungstätigkeit zu halten.

AR: Es gibt heute noch Stimmen in der Partei, die sich das Godesberger Programm zurückwünschen. Was halten Sie davon?

HS: Gar nichts. Das Godesberger Programm ist jetzt ein halbes Jahrhundert alt. Wenn Sie sich selber fragen, was dieses Berliner-Grundsatzprogramm im Inhalt sagt oder das Hamburger-Grundsatzprogramm, müssen Sie lange nachdenken und nachschlagen. Sie würden nicht einmal mehr im Kopf die entscheidenden Passagen aus dem Godesberger-Grundsatzprogramm kennen. Daran mögen Sie ermessen, dass diese Grundsatzprogramme in Wirklichkeit keine große Wirkung haben,



weil sie auch in Wirklichkeit Niemandem etwas geben. Was ich mir wünschen würde, ist z.B., dass die heutige Sozialdemokratie sich über Folgendes klar wird: Wozu brauchen wir eine Bundeswehr? Was ist der Auftrag der Bundeswehr? Es gibt keine sozialdemokratische Antwort auf diese Frage.

Wozu brauchen wir die NATO? Wozu sind wir in Afghanistan? Wieso weigern wir uns, Griechenland zu helfen?

Das sind die wirklichen Fragen, um die es geht und nicht irgendwelche Partei-Visionen und Grundsatzprogramme.

Wieso gibt es keine ehrliche Auseinandersetzung über Schröders Agenda 2010? Wieso weigert sich diese Partei zu begreifen, dass der heutige Sozialstaat dringend umgebaut werden muss, wenn wir ihn dann aufrechterhalten wollen? Ich halte den Sozialstaat, wie wir ihn in Deutschland geschaffen haben für die herausragende kulturelle Leistung des 20. Jahrhunderts.

BI: Ich würde gerne wissen, ob die Familiensituation und die Schulzeit später mit entscheidend oder prägend dafür war, dass Sie später in die SPD eingetreten sind?

HS: Nein, überhaupt nicht, überhaupt nicht. Das hat mit meinem Eintritt in die Sozialdemokratische Partei überhaupt nichts zu tun. Der hat ganz andere Ursachen. Mit meiner jüngst verstorbenen Frau war ich befreundet, seit wir 10 Jahre alt waren – sie war einen Kopf größer als ich – und sie hatte eine Mütze, eine Baskenmütze bei uns zu Hause vergessen, und meine Mutter hat gesagt, die musst Du ihr hinbringen, und dann habe ich ihr die nach Hause gebracht. Sie wohnte in einem Hinterhof. In Hamburg hieß so etwas damals Terrasse, in einer Terrasse in Hohenfelde. Ich kam da hin, klingelte an der Tür, die wurde aufgemacht und man war dann direkt in der Küche; dahinter waren viele Menschen.

Und ich begriff: Das war eine große Familie, es waren sechs Menschen damals und alle in einer ganz kleinen Wohnung. Klo draußen und ein einziger Wasserhahn in der Wohnung.

Und da habe ich schon als Kind – ich war zehn Jahre alt – begriffen, es müsse mehr Gerechtigkeit auf der Welt geben.

Das hat sich mir bis zum heutigen Tage eingeprägt. Jetzt bin ich über 90. Es müsste mehr Gerechtigkeit geben!

CM: Lieber Herr Schmidt, wir bedanken uns sehr herzlich für das Interview. ●



Ksenija Bekeris

1978 in Hamburg geboren, habe ich hier und in den USA Soziologie studiert. Beruflich bin ich in der Sprachförderung von Kindern tätig und seit 2008 für den Wahlkreis 9 in der Bürgerschaft. Nach den diesjährigen Hamburgwahlen habe ich als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin neue Aufgaben übernommen. Damit einher geht meine Mitgliedschaft im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration sowie im Haushaltsausschuss. Sozialpolitik ist mein politischer Schwerpunkt und mein Herzensanliegen. Zur Bekämpfung der sozialen Spaltung haben wir in Oppositionszeiten gute Ansätze entwickelt. Diese gilt es nun umzusetzen. Als direkt gewählte Abgeordnete fühle ich mich meinem Wahlkreis eng verbunden. Gemeinsam mit den Bezirksabgeordneten setze mich für lokale Anliegen ein. Der direkte Kontakt zu den BürgerInnen vor Ort ist für mich unverzichtbar, denn er ist die Voraussetzung für eine bürgernahe politische Arbeit mit Bodenhaftung.



Anja Domres

geboren 1963 in Osnabrück, Jurastudium in Münster und Hamburg (1. und 2. jur. Staatsexamen), beruflich bisher tätig als Juristin in der Finanzbehörde, Leiterin des Fachamtes Grundsicherung und Soziales in Altona, seit 2010 Leiterin des Versorgungsamtes in Hamburg. 2006 wurde ich Distriktvorsitzende in Eppendorf, seit 2008 vertrete ich den Wahlkreis Eppendorf-Winterhude in der Hamburgischen Bürgerschaft. Als Vorsitzende des Gesundheitsausschusses setze ich mich für eine flächendeckende, sozial gerechte und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Hamburger Bürger ein. Zudem bin ich Mitglied in den Ausschüssen für Stadtentwicklung und Innere Angelegenheiten. Dort engagiere ich mich für mehr bezahlbaren Wohnraum in Hamburg und gezielte Fördermaßnahmen für benachteiligte Stadtteile. Es gilt, das Auseinanderdriften der Stadtteile aufzuhalten, denn die soziale Spaltung in unserer Stadt gefährdet das Zusammenleben aller Hamburgerinnen und Hamburger.



Daniel Gritz

41 Jahre, Journalist. Lange Fernsehreporter, jetzt mehr Print. 1990 SPD-Eintritt. Früher aktiver JUSO. In der SPD Eppendorf u.a. Distriktvorsitzender. Seit 1993 Mitglied in Bezirksausschüssen. Zuletzt Mitglied der Bezirksversammlung. Dort u.a. Vorsitzender im Ausschuss für Bauvergabe. Auf die inhaltliche Arbeit in folgenden Ausschüssen freue ich mich nun als Bürgerschaftsabgeordneter: Wirtschaftsausschuss – zuständig für: Medien, Energie, Wochenmärkte, Obstanbau, Standortpolitik im Sport, Gesundheitswirtschaft. Umweltausschuss – dort hoffe ich arbeiten zu können zu den Themen Energie, Lärmschutz und Grünanlagen. Eingabenausschuss – viel spannender als sein Ruf! Hier geht es u.a. um Bürger, die sich ungerecht behandelt fühlen. Sportausschuss – als stellvertretendes Mitglied sage ich, Groß-Events in Hamburg ja, aber nicht zulasten des Breitensports und der Vereine! Hobbys: Nächstes Jahr ist nach 2006 mein zweiter Hamburg-Marathon geplant. Ansonsten bin ich in der Küche und auf Konzerten zu finden.



Dorothee Martin

Ich bin 33 Jahre alt und wohne in Ohlsdorf. Seit 1998 bin ich Mitglied der SPD und seit einigen Jahren stellvertretende Vorsitzende des Distrikts Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Klein Borstel. Lange Zeit war ich in der Kommunalpolitik aktiv, zuletzt als Bezirksabgeordnete für den Wahlkreis 10. Seit März bin ich direkt gewählte Bürgerschaftsabgeordnete für den Wahlkreis und möchte mich in dieser Funktion um die zukunftsfähige Gestaltung meiner Wahlkreis-Stadtteile Fuhlsbüttel, Alsterdorf, Langenhorn, Ohlsdorf, Klein Borstel und Groß Borstel kümmern. Für die SPD-Fraktion arbeite ich in der Bürgerschaft im Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien, im Verkehrsausschuss und im Verfassungs- und Bezirksausschuss. Meine Mitarbeiter und ich haben immer ein offenes Ohr und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit für und mit dem Kreis Hamburg-Nord.



Urs Tabbert

39 Jahre, verheiratet, eine 4-jährige Tochter. Beruf: Rechtsanwalt. Dem Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord gehöre ich seit 2004 an, seit 2010 als stellvertretender Kreisvorsitzender. Darüber hinaus bin ich stellv. Vors. des Distrikts Winterhude. In die Bürgerschaft bin ich – erstmals – über die Landesliste eingezogen und freue mich, als Neuling gleich mit der Aufgabe des rechtspolitischen Sprechers betraut worden sein. In diesem Bereich durfte ich in den letzten 6 Jahren als Justizdeputierter und stellv. Vors. der AsJ (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen) Erfahrungen sammeln. Darüber hinaus bin ich im Innen- und Wissenschaftsausschuss. Die Probleme der Uni sind mir durch meine langjährige Tätigkeit als Lehrbeauftragter der juristischen Fakultät bekannt. Ich freue mich sehr auf die Arbeit, die hier vor mir liegt. Für Fragen und Anregungen stehen meine Mitarbeiter und ich immer gerne zur Verfügung!



Sven Tode

Jahrgang 1964, ist promovierter Historiker. Er hat das Institut für Firmen- und Wirtschaftsgeschichte Hamburg (ifw) gegründet und leitet es als Inhaber und Geschäftsführer. Außerdem arbeitet er regelmäßig als Hochschullehrer, u.a. in Hamburg, Frankfurt/M., Potsdam und Olsztyn (Allenstein/Polen). In der SPD engagiert er sich seit 1980; zuerst viele Jahre in Langenhorn, seit 1998 in Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde, wo er seit 2008 auch Distriktvorsitzender ist und Regional- und später Bezirksabgeordneter war. Seit der Wahl im Februar ist er nun als direkt gewählter Wahlkreisabgeordneter erstmals Mitglied der Bürgerschaft. In der Bürgerschaft gehört er den Ausschüssen für Haushalt, Wissenschaft und Europa an. Wichtige Anliegen für ihn sind die Förderung der kleinen und mittelständischen Wirtschaft, u.a. von Handwerksbetrieben in den Stadtteilen, die Chancengleichheit beim Hochschulzugang, auch beim zweiten Bildungsweg, der soziale Ausgleich, v.a. durch Schaffung günstigen Wohnraums, eine gute Nahversorgung in den Stadtteilen, u.a. auch mit Schulen, sowie die Barrierefreiheit der U- und S-Bahnhöfe. Privat interessiert sich Sven für Lesen (v.a. historische Romane und Biografien), Kunst, Wandern, Radfahren, Badminton, Golf- und Doppelkopfspielen.

Mein Freitag an der Mauer

Ich verbrachte nach meinem Abitur vier Monate in Nablus, Palästina, bei Project Hope.

Von Jonas Lindt

Ich blicke mich um. Ich sitze in einem Geröllfeld, lehne an dem staubigen Reifen eines israelischen Armeefahrzeugs. Meine Hände in Handschellen. Gelächter hinter dem Jeep und ein paar hebräische Wortfetzen. Das kann nicht sein, denke ich mir! Zwei Stunden vorher. Ich befinde mich mit Freunden aus Project Hope und einigen anderen Aktivisten in einem Sicherheitsbriefing im Konferenzraum des Rathauses der Grenzstadt Bil'in. Wie jeden Freitag findet hier ein Marsch gen Mauer statt. Bewohner des Dorfes gemeinsam mit Internationalen und linken Israelis. "Normalerweise kommen alle lebendig zurück", sagt die Instruktorin und grinst. Unsicheres Lachen von den Rängen.

Wir machen uns auf, alles ist eigentlich so wie eine Demonstration in Deutschland, wir gehen auf die Mauer zu (Sicherheitszaun oder Apartheid-Mauer, je nachdem auf welcher Seite man steht), manche Leute skandieren "Free Palestine" oder "The wall is illegal". Der Marsch heute ist einem Einwohner des Dorfes gewidmet, Abdullah Abu Rameh, der sich seit einem Jahr in israelischer Gefangenschaft befindet, weil er demonstriert hat. Wie wir heute. Als wir in Sichtweite der Soldaten sind, beginnen diese Tränengasgranaten in unsere Richtung zu feuern. Wie uns vorher eingeschärft wurde, rennen wir so schnell wie möglich dem Rauch aus dem Weg, konzentrieren uns darauf, dass wir eigentlich atmen können, auch wenn das Gas dem Körper Gegensätzliches klar machen will. Wir laufen so schnell es unsere tränenden Augen erlauben. Wir besprechen uns und entscheiden, so nah es geht an die Soldaten heranzukommen, weil sie uns dann nicht mehr mit Gas beschießen können.

Ein bisschen Abenteuerlust ist zugegebenermaßen auch dabei. Wenige Momente Zickzackkurses später stehen wir zehn Meter von den Soldaten entfernt. Es wirkt wirklich wie ein Duell in einem Western. Auf der einen Seite die Israelis, aufgereiht, auf der anderen diejenigen Demonstranten, die es bis hierher geschafft haben.

Ein paar Jungs werfen aus sicherer Distanz Steine. Wir verbliebenen drei Project-Hope-,Aktivisten“ schießen Fotos und halten erst einmal die Drohgebärden der Soldaten aus. Dann kommt der befehlshabende Soldat auf uns zu und es kommt zu folgender Unterhaltung: Soldat: (unverständlich, hebräisch) – Ich: „I don't understand you.“ – Soldat: „You are in a military zone.“ – Dan: „This is a Palestinian territory!“ – Soldat: „Go away. Now! Now!“ – Dan: „This isn't a military zone, Sir!“ – Ich: „This is Palestinian territory.“ – Soldat: „Go away, this is a closed military zone! I ask you to leave.“ – Dan: „It's not!“ – Ich: „Can you show me (proof)?“ – Der Soldat zückt einen Zettel mit einer Karte auf der einen, hebräischer Schrift auf der anderen Seite. – Ich: „I can't read this.“ – Dan: „Do you have it in English?“ – Soldat: „If you don't go, in five minutes, I need to arrest you. I ask you to leave.“ – Der Soldat geht wieder. – Dan: „This is Palestinian territory, my friend!“

In dem Moment ist es für uns klar, dass wir nicht gehen werden. Wir verharren und beobachten was passiert. Wer unseren Köpfen folgt, könnte fast annehmen, sich in einem Tennismatch zu befinden.

Granaten fliegen von der einen auf die andere Seite, Steine zurück. Fünf Minuten später kommt der Soldat wieder: „If you don't

go now, I arrest you.“ – Ich: „Why? Why do you arrest me?“ Und schon bin ich schon von beiden Seiten gepackt und werde auf die Seite der Soldaten gezerrt. Unter Gebrüll von „I'm a German citizen, you can't arrest me!“ versuche ich mich so gut es geht zu sträuben, doch es hilft nichts, ich finde mich im Polizeigriff wieder und werde weggeschleppt. Fotografen und Kameraleute hüpfen um uns herum, aber niemand unternimmt etwas.

Im Vergleich zum Ort der Konfrontation komme ich an einen idyllischen Ort. Es ist ruhig, die Sonne scheint und außer mir und meinen zwei Begleitern ist keine Menschenseele da. Die Aussicht ist beeindruckend.

Meine Hände werden gefesselt und ich werde gebeten mich auf den Boden zu setzen und mich an den Reifen zu lehnen. Mein Herz schlackert irgendwo in Knöchelgegend. Ich habe einige Zeit zum Nachdenken, als ich da sitze. Hätten wir vielleicht doch nicht ganz nach vorne laufen müssen? Warum musste ich stehen bleiben, als der Soldat mich aufforderte zu gehen? Hätten wir überhaupt zu der Demonstration gehen dürfen? Ich bin mir sicher, dass ich deportiert (=ausgewiesen, das Wort wird wirklich so benutzt) werde und fühle mich so einsam wie noch nie. Trotzdem bin ich sicher, das Richtige getan zu haben. Die Soldaten hatten kein Recht mich festzunehmen. Aber, so scheint es, Recht oder Unrecht ist hier nicht von großer Bedeutung. Ein Soldat hilft mir auf, ich werde zum Medizincheck gebracht. „Nehmen Sie regelmäßig Medikamente?“ oder „Haben Sie häufiger Schmerzen an den Hoden?“ werde ich gefragt. Nachdem ich das hinter mir habe, schneiden sie mir die Handfesseln auf. Über den Hügel, auf dem wir uns befinden, kann ich die letzten Demonstranten sich zurückziehen sehen.

Ich winke hinüber, doch niemand nimmt mich wahr. Also stehe ich da allein. Unter Soldaten. Einer fragt mich, ob ich ein Nazi sei. Ich schüttele den Kopf. Aber ich fände es schon richtig Juden zu töten, oder?

Nach und nach komme ich mit den Soldaten ins Gespräch. Sie sagen, natürlich wären nicht alle Araber Terroristen, aber da es die Hamas nun mal gäbe, müsse man sich auch schützen. Auf meine Frage, was sie denn glauben, warum manche Palästinenser Selbstmordanschläge verüben würden, antworten sie: „Weil die Araber uns hassen.“ Ich glaube, aufgrund dieser Erziehung gibt es den Konflikt überhaupt.

Sie bieten mir von ihrem Essen an und geben mir eine Zigarette. Meine Eingeweide sind zu zusammengezogen, als dass ich etwas essen könnte. Einer sagt, wenn ich das nächste Mal nach Tel Aviv käme, solle ich mich bei ihm melden und wir könnten mal Party machen gehen. Ich traue meinen Ohren nicht. Eine surreale Szene.

Wenige Minuten später kommt auch schon der Kommandant und sagt mir, ich könne gehen. Glück durchströmt mich, als ich die menschenleere Marschroute nach Bil'in zurück gehe. Es klingt pathetisch, aber in dem Moment habe ich wirklich am eigenen Leib gespürt, was die Freiheit für ein Geschenk ist.

Als ich in Nablus angekommen bin und mich in Facebook einlogge, sehe ich, dass ich eine neue Mail von einem Uri P. bekommen habe: "hey.. i'm the soldier who gave you a lucky strike today, it was very nice to meet you." ●

Integration funktioniert dort, wo Gleichberechtigung herrscht

Es ist nicht lange her, da war das Thema Integration in aller Munde. Ein gewisser Thilo Sarrazin hatte viel Geld mit einem Buch verdient, das uns allen zumindest eine Meinung abforderte.

Von Serkan Agci

Eine Lehre aus den vielen Diskussionen, Debatten und Konfrontationen dieser Zeit war, dass wir die Integration von vielen zugewanderten MitbürgerInnen aus dem Blickfeld verloren hatten. Dabei geht sie uns alle etwas an. Profan betrachtet wollen wir, dass die Kinder und Kindeskinde von Zuwanderern eine ordentliche Ausbildung genießen – genau wie alle anderen in ihrer Altersgruppe auch. Sie haben dann die Möglichkeit zur Selbsthilfe. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie am soziokulturellen Leben teilnehmen, steigt enorm. Und sie können ihren Beitrag zum Erhalt unseres Gemeinwohls leisten. Nicht zuletzt achten Menschen mit einer Ausbildung oder einem Abschluss darauf, dass ihre eigenen Kinder ordentliche schulische Leistungen vorzuweisen haben.

So lautet die Wunschvorstellung, das Ideal. Auch bei der Betrachtung der nackten Zahlen sehen wir eine Verbesserung. Immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund machen eine Ausbildung oder Abitur. Andere Parameter, wie die Einbürgerungsquote oder die Bereitschaft, den Lebensabend in Deutschland verbringen zu wollen, sollten auch Hoffnung machen. Und dennoch gibt es ein Gefühl, dass man nicht los wird: dass es nach wie vor viel zu tun gibt. Dieses Gefühl bekommen wir, wenn wir offenen Auges durch die Straßen Hamburgs gehen. Vor allem in den Wohngebieten mit größerem Anteil an muslimischen Zuwanderern stellen wir fest, dass man sich dort bewusst untereinander aufhält. Wir stellen zudem fest, dass die Quote der Frauen, die sich mit einem Kopftuch bedecken, nicht abnimmt. In einem liberalen Staat sind diese Umstände nichts per se Verwerfliches.

Aber wer den Umgang mit Frauenrechten und die Möglichkeiten vieler muslimischer Frauen sich selber zu verwirklichen kennt, der stellt sich unwillkürlich die Frage, ob wir unseren Fokus, den wir auf das Erlernen der deutschen Sprache gelegt haben, nicht erweitern sollten? Unzweifelhaft steht fest, dass Sprache der Schlüssel ist. Der Schlüssel zur Teilhabe an unserer Gesellschaft.

Sprache ist nicht alles

Aber Sprache ist eben nicht alles, was zur Integration von muslimischen Mitbürgerinnen beitragen wird. Diese Tür hat nämlich noch ein Vorhängeschloss. Wir können uns hoffentlich irgendwann auf einer Ebene verständigen. Doch solange Frauen, die ihr Leben freiheitlich führen wollen Zwangsheirat, Ehrenmorde, Gewalt und Repressalien fürchten müssen, solange stehen wir vor einer Tür, die nur einen Spalt breit geöffnet werden kann. Negatives Beispiel hierfür ist das Leben der muslimischen Gastarbeiter in Frankreich. Viele Tunesier, Marokkaner und Al-

gerier haben von Geburt an die Sprache ihres Gastlandes erlernt und sind dennoch nicht integriert in unserem EU-Nachbarland. Sicherlich ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Franzosen dieses Thema so sehr vernachlässigt haben, wie kaum eine zweite Nation innerhalb der EU. Dennoch stößt man auch hier an integrative Grenzen, sobald das Thema Gleichberechtigung eine Rolle spielt. Man kann den Menschen natürlich nicht vorwerfen, dass es in ihren Herkunftsländern keine erfolgreiche Frauenbewegung gab oder keine sexuelle Revolution. Aber man kann erwarten, dass gerade männliche Einwanderer anerkennen, dass unsere Gesellschaft eben auch aus diesen Bewegungen heraus geprägt ist und unser alltägliches Leben davon mitbestimmt wird.

Gleichberechtigung muss lebbar sein

Die Emanzipation und Gleichberechtigung muss auch für ihre Frauen und Töchter lebbar sein. Für unsere Stadt und unseren neuen Senat sollte das heißen: Das Thema Integration darf nicht unter den Tisch fallen, weil es den Medienhype der vergangenen Monate nicht mehr gibt. Zum zweiten darf der Fokus nicht nur auf das Erlernen der deutschen Sprache gelegt werden, sondern es muss vermehrt aufklärerische Tätigkeit aufgenommen werden. Die Frauen sollten wissen, welche Möglichkeiten sie haben, ihre Rechte zu beanspruchen – ohne Angst vor Repressalien. Der Emanzipationsgrad von Teilen unserer Mitbürger ist auf einem Stand, der die Menschen im 19. Jahrhundert erröten lassen würde. Nicht selten werden zudem in Deutschland ausgebildete junge Muslima mit Männern aus den Herkunftsländern verheiratet, um sie „unter Kontrolle“ zu halten. Eine Frau, die besser ausgebildet ist als alle Männer der Familie, erzeugt bei ihnen Selbstwertkomplexe. Leider sind die frisch eingeführten Ehemänner meist nicht in der Lage, auf die Schnelle die deutsche Sprache zu erlernen. Wenn sie überhaupt eine Ausbildung haben, fällt es somit sehr schwer, einen Job in der eigenen Branche zu finden. So kommt es nicht selten zu einem Teufelskreis aus Neid und Minderwertigkeitsgefühlen.

Wir können helfen diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Aufklärung für die ganze Familie sollte hier eine Rolle spielen. Zu wenige muslimische Frauen haben ein eigenes Konto, zu wenige besitzen den Führerschein. Finanzielle Unabhängigkeit und Mobilität sind allerdings wichtige Komponenten auf dem Weg hin zu Gleichberechtigung. Manch muslimischer Mann ist gar nicht so uneinsichtig. Auch hier lohnt es sich einen Schritt auf muslimische Vereine und ähnliche Einrichtungen zuzugehen, um einen gemeinsamen Weg zu finden. Einem sozialdemokratischen Hamburg steht es gut zu Gesicht hier im Sinne der Frauen Hilfe und Unterstützung zu leisten. Auf Dauer werden wir alle davon profitieren. ●

Langenhorn steht in einer besonderen Tradition

Fritz Schumacher hat hier im letzten Jahrhundert einen städtebaulichen Standard gesetzt, der bis heute bedenkenswert ist: Die Schumachersiedlung.

Von Christine Ax

Hier stehen Häuser, die ihren Bewohnern einen bescheidenen, maßvollen Wohlstand sicherten. Üppig war nicht der Wohnraum, den sich damals viele teilten, großzügig war die Gartenanlage. Das eigene Gemüse und der Kaninchenstall (das Schwein des Bergmanns) ermöglichten die Selbstversorgung: Was nicht gekauft werden muss, muss auch nicht verdient und ausgegeben werden. In dieser Siedlung wurde aber nicht nur dem Notwendigen Rechnung getragen. Die Fritz-Schumacher-Schule hat auch eine Botschaft: Der Mensch lebt nicht vom Brot alleine. Bildung, Spiel und Sport sind genauso wichtig, wie die Arbeit. Und die Baumallee, die die Tangstedter Landstraße kreuzt, erinnert uns das ganze Jahr an die Kirschblüte – dieses mächtige Symbol der Schönheit und der Vergänglichkeit. Dass sie bei uns in Langhorn im öffentlichen Raum blüht und nicht nur im Privaten, im Verborgenen, hat auch eine Bedeutung. Es sagt uns wir BürgerInnen sind uns gegenseitig etwas wert. Die Fritz-Schumacher-Siedlung war eine der fortschrittlichsten Antworten auf die soziale Frage des beginnenden 20. Jahrhunderts. Wie, so fragen wir uns heute, sehen unsere Antworten auf die Herausforderungen dieses 21. Jahrhunderts aus? Wie können, wie können wir Stadtentwicklung für Hamburgs Norden denken? Und welche Bedeutung haben die Ideen Fritz Schumachers für unsere Gegenwart? Was können wir von ihm lernen?

Grenzen des Wachstums und demografischer Wandel

Zwei große Herausforderungen der Gegenwart möchte ich herausgreifen, die mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig erscheinen: Die Grenzen des Wachstums, an die wir stoßen und der demografische Wandel. Beide stellen vieles von dem, was wir gewohnt waren, in Frage. Bis 2050 – das ist von heute aus gesehen ein sehr kurzer Zeitraum (die Planung der Hafencity hat vor 13 Jahren begonnen – sollen wir unseren Energie- und unseren Ressourcenverbrauch um den Faktor 4 bis 10 – je nach Ressource – reduzieren. Wir

müssen also aus der Energie und aus den Rohstoffen, die wir verbrauchen, vier bis zehnmal soviel Wohlstand erzeugen, wie in der Vergangenheit. Und wir müssen die mit diesem Wandel verbundenen Verteilungsfragen mit Gemeinsinn demokratisch lösen. Nur wenn wir diesen Wandel selber mitgestalten und tragen, kann diese schwierige Übung im Sinne einer sozialen und demokratischen Volkspartei gelingen.

Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt ist schlechterdings nicht möglich. Das gilt auch für das reiche Hamburg, das in vielen Hinsichten jetzt an seine Grenzen stößt. Diese wachsende Stadt ist in der Vergangenheit in mancherlei Hinsicht auf Kosten nachfolgender Generationen gewachsen. Damit meine ich nicht nur die hohe Schulden- und Zinslast, die von den Bürgern getragen werden muss und von denen wir nicht wissen, wie wir sie ohne weiteres Wachstum abtragen sollen. Damit meine ich auch die sozialen Schulden die Hamburg angehäuft hat: Das vernachlässigte Bildungswesen, Integrationsdefizite und Marginalisierung von sozial Schwachen.

Wohnen ist Menschenrecht

Wohnen ist Menschenrecht. Daraus ergibt sich für eine verantwortliche Politik, die für ihre Gemeinwesen "Wachstum" als Ziel formuliert und immer mehr Menschen aus den „Verliererregionen“ anziehen will – auch die Verpflichtung bezahlbaren Wohnraum zu Verfügung zu stellen. Dabei liegt die Betonung auf „bezahlbar“. Die Umsetzung dieses Ziels erfordert allerdings auch die Mitwirkung aller Bürger und heute muss sich jeder auch selber fragen, welchen Beitrag er oder sie zur Lösung dieser Aufgaben leistet. Heute wohnt jeder Bürger im Durchschnitt auf 45 m². Im Durchschnitt bedeutet allerdings: Sehr viele Mitbürgerinnen wohnen in Wohnungen, die im Grunde für sie viel zu groß sind. Wenn heute von Nachhaltigkeit die Rede ist, ist sich kaum jemand bewusst, dass die Vereinzelung und die große Zahl der Senioren, die in ihren viel zu großen Wohnungen wohnen eine der Hauptursachen für den hohen Energieverbrauch ist, der mit dem Bedürfnisfeld wohnen verbun-

den ist. Gleichzeitig darf bezweifelt werden, dass diese Vereinzelung, die im hohen Alter oft zur Isolierung führt, tatsächlich der Bedürfnislage älterer Menschen entspricht. Das Gegenteil ist sehr oft der Fall. Wer nicht mehr alleine leben kann, will deswegen noch lange nicht in ein Pflegeheim, in dem er 24 Stunden am Tag nur noch andere Pflegebedürftige sieht und spricht. Die meisten wollen am liebsten auch dann noch Teil des „normalen“ Lebens bleiben.

Langenhorn als Vorbild

Die meisten Wohnungen in Langenhorn sind heute weder unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz noch in Bezug auf die Herausforderungen an den Demografischen Wandel angemessen. Dies wird in Zukunft dazu führen, dass die Energiekosten für viele nicht mehr bezahlbar sein werden oder aber über Sozialleistungen von der Stadt bezahlt werden müssen. Ganz zu schweigen von den unbezahlbaren Folgekosten und den dramatischen Veränderungen, die der Klimawandel für nachfolgende Generationen haben wird.

Wenn wir heute also „Stadtumbau“ betreiben, dann könnte dieser Umbau in Bezug auf Wohnen folgende Ziele verfolgen: Wir brauchen bezahlbaren, energetisch sanierten und verdichteten Wohnraum für Familien – in einem Umfeld in dem – ganz wie Fritz Schumacher – es wollte, Kinder für ihre Entwicklung den Freiraum vorfinden und die Infrastruktur, die sie fördern und die sie brauchen. Und wir brauchen Mehrgenerationenhäuser in einem „urbanen“ Umfeld, in dem ältere Menschen ohne abgeschoben zu werden, mitten im Leben sind und dennoch die Hilfe und Pflege zu Hause erhalten, die sie brauchen.

Ein Stadtteil wie Langenhorn, kann einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten, denn wenn nicht hier Raum für generationengerechter Wohnungsneubau und für Familien mit Kindern ist, wo dann? Ich meine: Vor allem Familien mit Kindern sollten eine Chance erhalten, hier in diesem besonders grünen Stadtteil zu leben. Dafür brauchen wir vor allem eine wachsende Zahl von Mehrgenerationenhäusern und eine Nachverdichtung und Reurbanisierung – mit Augenmaß. ●

Nach der Wahl: Es gibt immer noch Steuern ...

Der Arbeitskreis Steuern tagt auch nach der Wahl wieder: Mit absoluter Mehrheit im Rücken heißt es natürlich, dass auch wir als Arbeitskreis darüber nachdenken, wie wir als SPD diese Stadt gut regieren können.

Von Petra Ackmann

Da Steuern auch immer etwas mit Einnahmen und Haushalt zu tun haben, haben wir uns in unserer ersten Sitzung nach der Wahl ein illustres Programm ausgedacht, mit dem wir uns beschäftigen wollen, um Denkansätze und Ideen beizusteuern.

Inhaltlich werden wir uns in 2011 mit den Themen Bürgerticket, Landesrechnungshof, Zweitwohnungsteuer und Vermögensabgabe beschäftigen – ein ergiebiges Programm, was sicher zu vielen spannenden Diskussionen führen wird.

Treffen wollen wir uns mit dem Landesrechnungshof, einer VertreterIn der Fi-

nanzbehörde für den Bereich Betriebsprüfung sowie einer Expertin für den Haushalt. Und natürlich wollen wir den Finanzsenator befragen, aber das natürlich erst, wenn der Haushalt aufgestellt und etwas Ruhe eingetreten ist. Lieber Peter, auch auf diesem Weg noch einmal gutes Gelingen!

Einen Austausch mit unserem AK Soziales steht auf unserer Wunschliste an Terminen, weil Sozialversicherung und Steuer thematisch so dicht beieinander liegen.

Wir wollen uns in den Kreisen treffen, um noch mehr GenossInnen zu motivieren, uns mit Sachverstand und Engagement zu unterstützen. Außerdem wollen

wir unsere Arbeit in den Distrikten vorstellen: Wenn Ihr uns also einladen wollt, wir kommen gerne und erzählen von unseren Gedanken und Ideen der steuerlichen Rahmgestaltung für die von uns in absoluter Mehrheit regierte, schönste Stadt der Welt.

Die nächsten Termine unseres Arbeitskreises stehen bereits fest:

Wir treffen uns am Dienstag, den 19.4. und am Mittwoch, den 18.5., jeweils um 19.30 Uhr im Kreisbüro Am Hasenberge, und freuen uns, wenn wir Euch neugierig gemacht haben auf unsere Arbeit und motivieren könnten, uns mit Euren Ideen und Meinungen zu unterstützen.

Kontakt: petra@ackmann.info

Der Aufzug an der U-Bahn Mundsburg kommt!

Olaf Scholz gibt Beschleunigung vor – Hochbahn will bis 2015 umbauen.

Von Sven Tode

Wie lange war es ein ständiges Ärgernis: Das ewige Verschleppen des barrierefreien Umbaus der Hamburger U- und S-Bahn-Haltestellen. Unter den SPD-Senaten bis 2001 noch halbwegs kontinuierlich vorangetrieben, kam der Ausbau seit dem immer mehr ins Stocken. Bis heute sind lediglich 42 Prozent der Hamburger U-Bahnhöfe barrierefrei, das bedeutet, sie sind für alle Menschen ohne fremde Hilfe zugänglich, egal unter welcher Einschränkung oder Behinderung sie leiden oder ob sie einfach nur einen Kinderwagen mit sich führen.

Die SPD hatte in ihrem Regierungsprogramm angekündigt, den Umbau nun endlich wieder massiv zu beschleunigen. Und wir halten Wort! Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung das klare Ziel vorgegeben, bis zum Jahr 2020 alle U-Bahn-Haltestellen barrierefrei auszubauen. Mit den S-Bahnen, die allerdings in der Verantwortung der Deutschen Bahn liegen, soll ebenfalls eine Beschleunigung erreicht werden.

Schon bis 2015 sollen statt der bisher nur vier geplanten nun insgesamt 20 U-Bahn-Haltestellen umgebaut werden – und darunter auch der Bahnhof Mundsburg, für dessen Umbau sich der SPD-Distrikt Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde (BUH) schon seit vielen Jahren mit wiederholten Aktionen eingesetzt hatte, zuletzt im Frühjahr im Wahlkampf (s. Foto)! Seit 2003 steht die Mundsburg bereits auf der Prioritätsliste für den Ausbau. In den Folgejahren hatte der Distrikt bereits medienwirksam tausende von Unterschriften gesammelt, doch passiert war bisher nichts. Nun soll es endlich losgehen – das ist gut!

Jetzt müssen wir darauf achten, dass das auch tatsächlich geschieht. Bei der U-Bahn Mundsburg, aber natürlich auch bei den anderen Haltestellen werde ich mich dahinter klemmen. Es wäre jedenfalls eine große Freude und Genugtuung, den Menschen im Wahlkreis Barmbek und in ganz Hamburg noch vor der nächsten Wahl zeigen zu können, dass wir unser Wort halten und konkret etwas für eine bessere Lebensqualität für alle erreichen!



Viel Zuspruch für die SPD-Aktion: „Wenn ich das noch erleben darf, gebe ich einen aus!“

Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord

Geschäftsführender Kreisvorstand

Vorsitzender

Tschentscher Peter 01 63/6 36 89 91 p.tschentscher@hamburg.de

stellv. Vorsitzende

Blix Verena 6 91 76 53 vblix@web.de

Tabbert Urs 01 79/5 05 91 56 ra.tabbert@rechtfair.com

Schatzmeister

Bornhöft Ralph 51 32 04 80 ralph.bornhoeft@gmx.de

BeisitzerInnen

Klages Sönke 01 77/5 62 16 40 sklages@alice-dsl.de

Krüger Hede 5 37 47 67 arnoldkrueger@alice-dsl.de

Wowretzko Sylvia 2 27 67 02 wowretzko@t-online.de

Weitere BeisitzerInnen im Kreisvorstand

Bekeris Ksenija 69 45 41 87 ksenijabekeris@yahoo.de

Woisin Matthias 2 70 00 88 matthias@woisin.de

Distriktvorsitzende

Langenhorn-Nord

Greguhn Gabi 01 73/2 97 13 11 gabi.greguhn@vodafone.de

Langenhorn-Süd

Rugbarth Andrea 5 20 65 69 Andrea.Rugbarth@gmx.de

Fuhlsbüttel

Eisold Gunnar 01 76/48 21 18 90 gunnar@gunnareisold.de

Groß Borstel

Nitruch Barbara 46 46 91 barbara.nitruch@t-online.de

Eppendorf

Domres Anja 01 51/12 30 19 22 anja@domres-hamburg.de

Winterhude-Nord

Seyfarth Cornelius 01 73/9 63 17 18 Montefeltro@gmx.net

Jarrestadt

Quast Jan 318 10 318 Janquast@aol.com

Mühlenkamp

Näther Jürgen 27 29 72 juergen.naether@gmx.de

Barmbek-Nord

Menzel Stefan 01 71/2 03 52 32 menzel_stefan@web.de

Barmbek-Mitte

Andersson Axel 2 99 16 20 axel@arbeiterbrigade.de

Dulsberg

Schmid-Janssen Beate 55 61 36 57 beate@schmid-janssen.de

Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde

Tode Sven 25 49 73 73 sven.tode@spd-online.de

Weitere Mitglieder im Kreisvorstand

ASF

Bester Angelika 01 72/4 53 99 66 Angelika.Bester@t-online.de

60plus

Helms Eckhard 01 70/7 65 93 06 eckhardhelms@kabelmail.de

Bezirksfraktion

Domres Thomas 01 70/4 13 26 88 thomas.domres@spd-fraktion-nord.de

Jusvorsitzender in Hamburg-Nord

von Barga Steven 01 78/6 29 15 45 stevenvonbarga@googlemail.com

Mitglieder des Landesvorstands aus Nord

Damerau Inka 64 20 25 32 inka.damerau@t-online.de

Rose Wolfgang 2 29 91 94 wolfgang.rose@verdi.de

Dräger Gesine 65 90 13 20 gesine.draeger@hamburg.de

Peter Tschentscher und Verena Blix: Kontakt siehe oben!

Kreisvorstandssitzungen

Die nächsten Kreisvorstandssitzungen finden statt am 9. Juni und am 11. August im Sitzungsraum des Kreisbüros, Am Hasenberge 44.

Kreisdelegiertenversammlung

Die nächste Kreisdelegiertenversammlung wird

Ende Mai/Anfang Juni stattfinden. Der genaue Termin stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest – bitte ggf. im Kreisbüro nachfragen.

Zur Vorbereitung eines Landesparteitages am 10. September ist in jedem Fall aber auch eine Kreisdelegiertenversammlung für den 19. August geplant.

Aktuelle Termine findet Ihr immer unter www.spd-hamburg.de/nord. Alle Veranstaltungen – sofern nicht anders angegeben – in den Räumen der SPD Kreis Nord, Am Hasenberge 44

Abgeordnetenbüros

Ksenija Bekeris

Pestalozzistr. 21 A
22305 Hamburg
Tel.: 51 90 69 08
Fax: 51 90 69 10
info@ksenija-bekeris.de
www.ksenija-bekeris.de
Büroleiterin: Beate Schmid-Janssen
Mitarbeiter: Alf-Tomas Eppstein
Di–Fr 9–13, Mi 9–19

Bürozeiten: Mo 10–14, Di 15.30–19.30, Mi 10–14, Do 15.30–19.30, Sa 10–14

Jan Quast

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Tel: 31 81 03 18
Fax: 31 81 03 45
info@janquast.de
www.janquast.de
Mitarbeiter: Markus Hahn

Anja Domres

Hegestraße 40
20251 Hamburg
Tel. (vorläufig!): 01 51/12 30 19 22
Anja.domres@wahlkreis-ependorf-winterhude.de
www.anja-domres.de
Mitarbeiter: Sandra Berkling, Jan Ohmer

Wolfgang Rose, Sven Tode, Isabella Vértes-Schütter

Ifflandstraße 85
22087 Hamburg
Tel.: 0 40/61 19 83 12
Fax: 0 40/61 19 83 13
Mail Rose: post@wolfgang-rose.info
www.wolfgang-rose.info
Mail Tode: kontakt@sven-tode.de
www.sven-tode.de
Mail Vértes-Schütter: mail@vertes-schuetter.de
Mail Büro: spd-abg-ho-uh@web.de
Mitarbeiter: Sönke Klages, Jan Greve
Täglich geöffnet

Gunnar Eisold

Essener Straße 4
VALVO-Park, Eingang D3, 2. Stock, Zimmer 1.1
22419 Hamburg
Tel.: 52 38 87 40
Fax: 52 38 87 58
buergerbuero@gunnareisold.de
www.gunnareisold.de
Mitarbeiter: Andrea Dusek, Timo Hempel, Karola Janusch, Helgard Winkel

Andrea Rugbarth

Krohnstieg-Center, Krohnstieg 41, III. OG
22415 Hamburg
Tel.: 0 40/28 57 48 78/88
Fax: 0 40/28 57-48 84
01 74/9 16 32 52
Rugbarth-hh-nord@gmx.de
www.andrea-rugbarth.de
Mitarbeiter: Cornelius Seyfarth
Mo 12–19, Di 13–19, Mi + Do 11–19, Fr 12–15
Bürgersprechstunde: Jeden 1. + 3. Freitag im Monat 13–15 Uhr

Daniel Gritz

Hegestraße 40
20251 Hamburg
Tel.: 68 89 20-1 70
Daniel.Gritz@spd-fraktion.hamburg.de
(bei Redaktionsschluss noch nicht funktionsfähig)
Mitarbeiter: Lars Möller

Urs Tabbert

Bussestraße 29
22299 Hamburg
Tel. (vorläufig!): 01 79/5 05 91 56
urs.tabbert@spd-fraktion-hamburg.de
www.urstabbert.de
Mitarbeiter: Bastian Faust, Sebastian Mietzner
Ab 01.06.2011: Nicole Horstmann

Dorothee Martin

Am Hasenberge 44
22337 Hamburg
Tel.: 32 84 34 27
Fax: 32 84 34 29
info@dorotheemartin.de
www.dorotheemartin.de
Mitarbeiter: Nicholas Gildemeister, Steven von Bargaen, Christine Faltynek-Haschke

Schon etwas zum Schmökern
für's Frühstück geholt?

Editorial Design: Bücher, Broschüren, Magazine, Kataloge, Geschäftsberichte, Zeitschriften und Zeitungen

Kreativ-Schmie.de
Thomas Biedermann

www.kreativ-
schmie.de

Absender:
SPD-Kreis Nord
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg



Wir sprechen mit Ihnen und helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag

14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32/-0

Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg

Gratulationen

Die Geburtstagskinder von Januar bis Juni 2011

(aus Platzgründen führen wir hier nur die „runden“ Geburtstage ab 70 Jahren auf):

- 70 Jahre: Herta Hansch (30.01.), Sibylle Koch (06.02.), Peter Kracke (13.02.), Sylvia Ferdinand (19.02.), Ahmad Abdelghani (24.04.), Jürgen Matzen (08.05.), Dieter Brandt (10.05.), Rosemarie Stuhlmann-Laeisz (11.05.), Klaus Fabian (22.05.), Evelyn Harten (22.05.), Christa Rocca (09.06.), Helga Schröder-Poetschlack (09.06.), Werner Schmidt (13.06.)
- 75 Jahre: Lieselotte Stelter (04.01.), Helga Suhr (13.01.), Marina Ganske (26.01.), Axel Telge (08.02.), Irma Wittwer 21.03.), Johanna Kiebel (05.04.), Juergen Kohn (26.04.), Maria Datta (11.05.), Andreas Schlueter (24.06.)
- 80 Jahre: Gerd Schumacher (15.01.), Ernst-Arno Eggerstedt (05.02.), Bernhard Ganter (06.02.), Ursula Saalfeld (07.03.), Helga Mauersberger (23.04.), Harald Warkentien (28.06.)
- 85 Jahre: Ingeborg Felten (11.04.), Herbert Külcke (02.06.), Ruth Schulz (26.06.)
- 90 Jahre: Gerhard Schröder (03.03.), Irene Langhoff (28.03.), Senta Klein (01.04.), Gerda Jürgensen (09.04.), Lieselotte Ziebell (07.05.)
- 95 Jahre: Christel Jäger (07.03.),
- 100 Jahre: Erich Elker (18.05.)

Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen alles Gute und vor allem Gesundheit!

Die Parteijubilare von Januar bis Juni 2011:

- 25 Jahre: Karin Carstensen (01.01.), Lilianna Kopitzsch (01.01.), Olaf Reichelt (01.01.), Judith Schmidt (01.01.), Alf-Tomas Epstein (01.02.), Claus Dorer (01.03.), Thomas Kaiser (01.03.), Olaf Klodt (01.03.), Marion Detmer (01.03.), Barbara Nitruich (01.03.), Jan Freitag (01.04.), Peter Dreessen (01.05.), Werner Mayer (01.05.), Anke Petersen (01.05.), Ralf Mende (01.06.)
- 40 Jahre: Günter Beyer (01.01.), Gabriele Erhardt (01.01.), Carl Garbe (01.01.), Volkmar Gessner (01.01.), Wolfgang Kreykenbohm (01.01.), Barbara Lewin (01.01.), Frank Lundbeck (01.01.), Marianne Schulze-Luecker (01.01.), Renate Behnke (01.02.), Barbara Drexelius 01.02.), Peter Fritsch (01.02.), Eva Mohr (01.02.), Regina Schmid (01.02.), Burkhard von der Meden (01.02.), Detlef Körner (01.03.), Dagmar Meyer (01.03.), Renate Zindler (01.04.), Roland Brinkmann (01.04.), Michael Groninger (01.04.), Johann Pet Jaeger (01.04.), Georg Neumann (01.04.), Wolfgang Rose (01.05.), Gerda Rose-Guddusch (01.05.), Wolfgang Kopitzsch (01.06.), Antonio Petersen (01.06.), Peter Schieweck (01.06.)
- 50 Jahre: Klaus Liedtke (01.01.), Guenter Feddersen (01.03.), Hans-Peter Ploog (01.03.), Helga von alt-Stutterheim (01.05.), Guenther Rellin (01.06.)
- 65 Jahre: Gertrud Brecht (01.01.), Gisela Henningsen (01.01.), Helmut Schmidt (01.01.), Anna Guehlcke (01.02.), Reinhold Menth (01.02.), Liselotte Pschorr (01.02.), Peter Schulz (01.03.), Gerhard Poppendieker (01.04.), Martha Reusch (01.04.), Gesa Ziedler (01.05.)

Den Jubilaren herzlichen Dank für ihre Treue, ihre Geduld mit der Partei und ihr Engagement! Die Ehrungen mit Urkunde und Nadel finden in der Regel bei den Weihnachtsfeiern oder Neujahrsempfängen der Distrikte statt.

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 35):

15.08.11. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Ein Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ **Post:** Beiträge und Fotos per Brief oder digitale Daten auf CD an die Redaktion: Urs Tabbert, Zesenstr. 7, 22301 Hamburg

✉ **E-Mail:**
ra.tabbert@rechtfair.com

☎ **Telefon:**
Urs Tabbert, 01 79/5 05 91 56

Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44
22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42

Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de

www.spd-hamburg.de/Nord

V.i.S.d.P.: Peter Tschentscher

Redaktion: Urs Tabbert, Serkan Agci.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Gestaltung: Thomas Biedermann, Kreativ-Schmie.de, Hamburg, www.kreativ-schmie.de

Bilder: Titelseite © Wolfgang Staudt, S. 2 © Peter Tschentscher, S. 3/4 © Jan Ehlers, S. 6/7 © Dr. Carsten Maßmann, Helmut Schmidt, S. 8 © Ksenija Bek-eris, Anja Domres, Odile Hain, S. 9 © Dorothee Martin, Urs Tabbert, Dr. Sven Tode, S. 13 © Dr. Sven Tode

Druck: Günther Plaut Offsetdruckerei GmbH, Hamburg